

Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel 1	
Grundlagen der Bodenpolitik und des Bodenrechts in der DDR	21
1.1. Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Bodennutzung	21
1.1.1. Die gesellschaftliche Bedeutung des Bodens	21
1.1.2. Die Besonderheiten des Bodens	22
1.1.3. Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und Vergesellschaftung der Bodennutzung	23
1.2. Inhalt der Vergesellschaftung der Bodennutzung	25
1.3. Grundsätze der sozialistischen Bodenpolitik	27
Kapitel 2	
Grundsätze der staatlichen Leitung und Planung der Bodennutzung	29
2.1. Aufgaben der staatlichen Leitung und Planung der Bodennutzung	29
2.2. Die Planung der Bodennutzung	31
2.2.1. Formen und Rechtswirkungen der Bodennutzungsplanung als Teil der Zweigplanung	31
2.2.2. Formen und Rechtswirkungen der Bodennutzungsplanung als Teil der Territorialplanung	35
2.3. Aufgaben staatlicher Organe bei der Verwirklichung der sozialistischen Bodenpolitik	39
2.3.1. Aufgaben der zentralen Staatsorgane	40
2.3.2. Aufgaben der örtlichen Staatsorgane	40
2.3.3. Aufgaben der Notariate	42
2.3.4. Aufgaben der Gerichte	46
2.3.5. Aufgaben des Staatlichen Vertragsgerichts	46
2.4. Rechtsformen zur Verwirklichung der sozialistischen Bodenpolitik	47
2.4.1. Rechtsformen zur Bestimmung des Nutzungszwecks	47
2.4.2. Rechtsformen zur Bestimmung des Inhalts der Bodennutzung	47
2.4.3. Rechtsformen zur Begründung, Veränderung und Beendigung der Bodennutzung	48
2.4.4. Rechtsformen zur Kontrolle der Bodennutzung	48
2.5. Zur ökonomischen Stimulierung einer effektiven Bodennutzung	49
Kapitel 3	
Die Liegenschaftsdokumentation	50
3.1. Hauptmerkmale der Liegenschaftsdokumentation und Aufgaben des Liegenschaftsdienstes	50
3.1.1. Gegenstand und Struktur der Liegenschaftsdokumentation	50
3.1.2. Hauptbestandteile der Liegenschaftsdokumentation	53
3.1.3. Hauptaufgaben des Liegenschaftsdienstes	55

3.1.4.	Struktur des Liegenschaftsdienstes	56
3.2.	Die Bodeneigentumsdokumentation	56
3.2.1.	Das Grundbuch	56
3.2.1.1.	Zweck und Funktionen des Grundbuchs	56
3.2.1.2.	Einrichtung des Grundbuchs	57
3.2.1.3.	Bestandteile und Inhalt des Grundbuchblattes	57
3.2.1.4.	Prinzipien des Grundbuchverfahrens und der Grundbucheintragungen	64
3.2.1.5.	Eintragung von Grundstücksrechten und staatliche Kontrolle des Grundstücksverkehrs	64
3.2.1.6.	Grundbucheintragungen	65
3.2.1.7.	Anlegung, Umschreibung und Schließung von Grundbuchblättern	65
3.2.1.8.	Gebäudegrundbuch	65
3.2.1.9.	Informationen über den Grundbuchinhalt	66
3.2.2.	Flurkarten und Bodenschätzungskarten	67
3.2.2.1.	Inhalt und Fortführung der Flurkarten	67
3.2.2.2.	Nachweis und Fortführung der Bodenschätzungsergebnisse	67
3.3.	Die Bodennutzungsdokumentation	68
3.3.1.	Zweck und Funktionen der Bodennutzungsdokumentation	68
3.3.2.	Das Nutzungsgrundbuch	69
3.3.2.1.	Einrichtung und Inhalt des Nutzungsgrundbuchs	69
3.3.2.2.	Fortführung des Nutzungsgrundbuchs	70
3.3.2.3.	Hauptübersicht der Nutzungsstruktur	72
3.3.3.	Die Nutzungsgrundkarten	72
3.3.3.1.	Inhalt der Nutzungsgrundkarten	72
3.3.3.2.	Fortführung der Nutzungsgrundkarten	72
3.4.	Das Integrationsregister	73
3.4.1.	Einrichtung und Inhalt des Integrationsregisters	73
3.4.2.	Fortführung des Integrationsregisters	73
3.5.	Die computergestützte Liegenschaftsdokumentation (Colido)	76
3.5.1.	Einführung und Anwendung des EDV-Projekts Colido	76
3.5.2.	Weiterentwicklung und Vervollkommnung des EDV-Projekts Colido	77

Kapitel 4

Das Volkseigentum an Boden und die Rechtsformen seiner Nutzung	78	
4.1.	Stellung und Bedeutung des Volkseigentums am Boden	78
4.2.	Die Nutzung volkseigener Grundstücke durch volkseigene Kombinate und Betriebe sowie staatliche Organe und Einrichtungen	80
4.2.1.	Die Rechtsträgerschaft an volkseigenen Grundstücken	80
4.2.1.1.	Die Begründung der Rechtsträgerschaft	80
4.2.1.2.	Der Inhalt der Rechtsträgerschaft	80
4.2.1.3.	Die Übertragung der Rechtsträgerschaft an unbebauten volkseigenen Grundstücken	81
4.2.1.4.	Die Übertragung der Rechtsträgerschaft an bebauten volkseigenen Grundstücken	83
4.2.1.5.	Besonderheiten beim Entzug volkseigener Bodenflächen, Gebäude und Anlagen aus der Nutzung sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe	85
4.2.1.6.	Die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	86
4.2.2.	Die vertragliche Nutzung volkseigener Grundstücke	86
4.3.	Die Nutzung volkseigener Grundstücke durch sozialistische Genossenschaften und gesellschaftliche Organisationen	87
4.3.1.	Die Übertragung der Rechtsträgerschaft an volkseigenen Grundstücken an sozialistische Genossenschaften und gesellschaftliche Organisationen	87

4.3.2.	Die Verleihung des Nutzungsrechts an volkseigenen Grundstücken an sozialistische Genossenschaften und gesellschaftliche Organisationen	89
4.4.	Die Nutzung volkseigener Grundstücke durch Bürger	89
4.4.1.	Die Verleihung des Nutzungsrechts an Bürger	89
4.4.1.1.	Aufgaben und Anwendungsbereich	89
4.4.1.2.	Die rechtliche Ausgestaltung	93
4.4.2.	Die vertragliche Nutzung	94

Kapitel 5

Die rechtliche Regelung der Nutzung landwirtschaftlicher Grundstücke		100
5.1.	Gesellschaftliche Anforderungen an die rationelle Nutzung	100
5.2.	Die Rechtsstellung der VEG bei der Nutzung des Bodens	103
5.3.	Die Rechtsstellung der LPG bei der Nutzung des Bodens	103
5.4.	Rechte und Pflichten der Mitglieder bezüglich der eingebrachten Bodenflächen	106
5.5.	Rechte und Pflichten aus Pacht- und Nutzungsrechtsverhältnissen	107
5.6.	Die Gestaltung der Bodeneigentumsverhältnisse durch die demokratische Bodenreform	108
5.6.1.	Die Begründung von Bodenrechtsverhältnissen durch die Bodenreform	108
5.6.2.	Das Bodenreformigentum bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft	109
5.6.3.	Das Bodenreformigentum in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe	109

Kapitel 6

Der besondere Schutz des land- und forstwirtschaftlichen Bodens sowie der Kleingartenanlagen		112
6.1.	Notwendigkeit des besonderen Schutzes	112
6.2.	Grundsätze für die Bodenbereitstellung	113
6.2.1.	Anforderungen an die Bodenbereitstellung	113
6.2.2.	Bodenschutz und Planung	114
6.2.3.	Die Aufgaben der staatlichen Organe	115
6.2.4.	Das Zusammenwirken mit den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben	115
6.2.5.	Die Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte	116
6.2.6.	Die ökonomische Stimulierung des Bodenschutzes	116
6.3.	Aufgaben und Wirkungsweise der Bodennutzungsgebühr	116
6.3.1.	Aufgaben der Bodennutzungsgebühr	116
6.3.2.	Höhe der Bodennutzungsgebühr	117
6.3.3.	Die ökonomische Wirkung der Bodennutzungsgebühr	119
6.3.4.	Aufgaben der staatlichen Organe bei der Erhebung der Bodennutzungsgebühr	119
6.4.	Der Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile	120
6.4.1.	Grundsätze	120
6.4.2.	Der Vertrag über den Entzug bzw. die Beschränkung der Bodennutzung	122
6.4.3.	Arten und Formen der wirtschaftlichen Nachteile	123
6.5.	Formen der juristischen Verantwortlichkeit	123
6.6.	Der besondere Schutz der Kleingartenanlagen	124
6.7.	Die Wiedernutzbarmachung	126
6.7.1.	Die Wiedernutzbarmachung	126
6.7.1.1.	Inhalt und Grundlagen der Wiedernutzbarmachung	126
6.7.1.2.	Koordinierung von zweiglichen und territorialen Anforderungen	127
6.7.1.3.	Inhalt und Verwirklichung der Wiedernutzbarmachungsvereinbarungen	129
6.7.2.	Die Rekultivierung	132

Kapitel 7

Nutzungsänderungen, Gestaltung und Veränderung der Eigentums- und Nutzungsrechtsverhältnisse an Grundstücken zur Durchführung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben	135
7.1. Besondere gesellschaftliche Anforderungen an die Bodennutzung	135
7.2. Nutzungsänderungen	136
7.3. Gestaltung und Veränderung der Eigentums- und Nutzungsrechtsverhältnisse an Grundstücken	138
7.3.1. Formen der Gestaltung und Veränderung der Eigentums- und Nutzungsrechtsverhältnisse	138
7.3.2. Grundsätze für die Gestaltung und Veränderung der Eigentums- und Nutzungsrechtsverhältnisse	139
7.3.2.1. Die Planung als Grundlage der Bodenbereitstellung	139
7.3.2.2. Die Eingliederung der Bodenbereitstellung in die Vorbereitung der Investitionen	141
7.3.2.3. Die Sicherung einer hohen Effektivität der Nutzung und Bereitstellung von Bodenflächen	143
7.3.2.4. Die Anwendung finanzieller Maßnahmen	147
7.3.2.5. Der Ausgleich von belastenden Auswirkungen und der Schutz der Vermögensrechte der Bürger	148
7.3.2.6. Die umfassende Einbeziehung der Bürger	149
7.3.2.7. Die Orientierung auf die vertragliche Gestaltung und Veränderung der Eigentums- und Nutzungsrechtsverhältnisse	149
7.4. Der rechtsgeschäftliche Erwerb nichtvolkseigener Grundstücke durch volkseigene IAG	150
7.4.1. Anwendungsbereich	150
7.4.2. Die Aufgaben des IAG bei der Vorbereitung der Kaufverhandlungen	151
7.4.3. Die Höhe des Kaufpreises	152
7.4.4. Die Auszahlung des Kaufpreises	152
7.4.5. Die Behandlung der Ansprüche der Gläubiger	153
7.4.6. Besondere Unterstützung bei Eigenheimen, Hauswirtschaften und Wochenendgrundstücken	154
7.4.7. Die staatliche Leitung des Erwerbs nichtvolkseigener Grundstücke und die Übereignung des Grundstücks	155
7.4.8. Vorzeitige Freigaben und Erlaß volkseigener Forderungen	156
7.4.9. Der Vertrag zwischen Eigentümern und IAG über den Erwerb von Bodenflächen, Gebäuden und Anlagen, die von sozialistischen Land- und Forstwirtschaftsbetrieben genutzt werden	157
7.4.10. Die Beendigung vertraglicher Nutzungsrechtsverhältnisse an dem zu erwerbenden Grundstück	159
7.4.10.1. Die Beendigung von Nutzungsrechtsverhältnissen über Kleingärten im VKSK	159
7.4.10.2. Die Beendigung von Nutzungsrechtsverhältnissen an gewerblich genutzten Grundstücken	160
7.4.10.3. Die Beendigung von Mietrechtsverhältnissen an Wohnungen	161
7.4.11. Das vereinfachte Verfahren beim Erwerb von Grundstücken oder Grundstücksteilen	161
7.4.12. Das Scheitern der Kaufverhandlungen	161
7.5. Die staatliche Entscheidung über den Entzug des Eigentumsrechts, die Veränderung des Nutzungsrechts und die Gestaltung der Nutzungsbedingungen	162
7.5.1. Notwendigkeit und Aufgaben der staatlichen Entscheidung	162
7.5.2. Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für städtebauliche und andere bauliche Maßnahmen	163
7.5.2.1. Der Entzug des Eigentumsrechts	163
7.5.2.1.1. Errichtung von Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen	163
7.5.2.1.2. Modernisierung, Um- und Ausbau sowie Instandsetzung und Instandhaltung	165

7.5.2.1.3.	Die Errichtung von Eigenheimen	167
7.5.2.1.4.	Verfahren zum Entzug des Eigentumsrechts	168
7.5.2.1.5.	Rechtswirkungen	169
7.5.2.2.	Die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	170
7.5.2.3.	Die Anordnung einer Mitnutzung und besonderer Nutzungsbedingungen	170
7.5.2.3.1.	Die Begründung der Mitnutzung von Grundstücken	170
7.5.2.3.2.	Die Festlegung von Nutzungsbedingungen	172
7.5.3.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke des Bergbaus	173
7.5.3.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts	173
7.5.3.2.	Die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	174
7.5.3.3.	Die Veränderung der Nutzungsrechtsverhältnisse und die Festlegung von Nutzungsbedingungen	174
7.5.3.4.	Verfahren und Rechtswirkungen	175
7.5.4.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke der Wasserwirtschaft	176
7.5.4.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts	176
7.5.4.2.	Die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	177
7.5.4.3.	Die Veränderung der Nutzungsrechtsverhältnisse	177
7.5.4.4.	Die Festlegung von Nutzungsbedingungen	177
7.5.5.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke der Atomenergie	178
7.5.5.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	178
7.5.5.2.	Die Veränderung der Nutzungsrechtsverhältnisse und die Festlegung von Nutzungsbedingungen	179
7.5.5.3.	Verfahren und Rechtswirkungen	179
7.5.6.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke der Energiewirtschaft	180
7.5.6.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	180
7.5.6.2.	Die Veränderung der Nutzungsrechtsverhältnisse	180
7.5.6.3.	Die Festlegung von Nutzungsbedingungen	181
7.5.6.4.	Verfahren und Rechtswirkungen	181
7.5.7.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke der Verteidigung	181
7.5.7.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts	181
7.5.7.2.	Die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	182
7.5.7.3.	Das Verfahren	182
7.5.8.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für landeskulturelle Maßnahmen in Erholungsgebieten	183
7.5.8.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	183
7.5.8.2.	Die Veränderung der Nutzungsrechtsverhältnisse und die Festlegung von Nutzungsbedingungen	183
7.5.8.3.	Verfahren und Rechtswirkungen	184
7.5.9.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte zur Denkmalpflege	185
7.5.9.1.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Anordnung des Rechtsträgerwechsels	185
7.5.9.2.	Die Gestaltung von Nutzungsbedingungen	185
7.5.10.	Der Entzug des Eigentumsrechts und die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke des Post- und Fernmeldewesens	186
7.5.11.	Die Veränderung der Nutzungsrechte für Zwecke der Vermessung	187
7.5.12.	Die Veränderung der Nutzungsrechte zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in der Umgebung von Verkehrsanlagen	187
7.6.	Grundsätze der Entschädigungsregelung	188
7.6.1.	Aufgaben der Entschädigung	188

7.6.2.	Die Entschädigungsberechtigten	189
7.6.3.	Art und Höhe der Entschädigung	189
7.6.4.	Die Ansprüche von Gläubigern	191
7.6.5.	Die rechtliche Sicherung der Ansprüche der Eigentümer und Gläubiger	192
7.6.6.	Die Auszahlung der Entschädigung	194
7.6.7.	Entschädigungskommission und Rechtsmittel	194
7.7.	Der Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile	195
7.7.1.	Anwendungsbereich	195
7.7.2.	Ersatz, Verlagerung oder Veränderung von volkseigenen Grundmitteln sowie Grundmitteln sozialistischer Genossenschaften und gesellschaftlicher Organisationen	196
7.7.3.	Der Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile bei der Verlagerung gewerblicher Betriebe	197
7.7.4.	Der Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile bei der Beendigung von Mietrechtsverhältnissen	198
7.8.	Das staatliche Vorerwerbsrecht	200
7.8.1.	Aufgaben des staatlichen Vorerwerbsrechts	200
7.8.2.	Inhalt und Ausübung des staatlichen Vorerwerbsrechts	201
7.8.3.	Rechtswirkungen	202
7.9.	Der Verzicht auf das Eigentum an Grundstücken	203
7.9.1.	Aufgaben	203
7.9.2.	Inhalt und Ausübung des Verzichts auf das Eigentum an Grundstücken	203
7.9.3.	Rechtswirkungen der Genehmigung des Verzichts	204
7.10.	Der Staat als Erbe von Grundstücken und Gebäuden	204
7.10.1.	Maßnahmen zur Sicherung der zum Nachlaß gehörenden Grundstücke	204
7.10.2.	Bewertung der zum Nachlaß gehörenden Grundstücke	205
7.10.3.	Erfüllung der Nachlaßverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Grundstücken	205
7.10.4.	Rechtswirkungen des Übergangs von Grundstücken in Volkseigentum	206
7.10.5.	Der Übergang von Grundstücken auf Grund von Vermächtnissen	207
7.10.6.	Der Staat als testamentarischer Erbe	207

Kapitel 8

Die Gestaltung und Veränderung der rechtlichen Beziehungen zwischen benachbarten Bodennutzern

8.1.	Grundsätze	214
8.2.	Einzäunung von Grundstücken	215
8.3.	Kennzeichnung der Grundstücksgrenzen	216
8.4.	Die Gestaltung der nachbarrechtlichen Beziehungen bei Überhang	217
8.5.	Die nachbarrechtliche Regelung bei Überbau	218
8.6.	Mitnutzungsrecht an Grundstücken	219
8.7.	Die Geltendmachung nachbarrechtlicher Ansprüche	222

Kapitel 9

Die vertragliche Nutzung von Bodenflächen zur Erholung und Freizeitgestaltung

9.1.	Die vertragliche Nutzung von Bodenflächen zur Erholung, Freizeitgestaltung und für andere persönliche Zwecke	223
9.1.1.	Der Abschluß des Nutzungsvertrages	223
9.1.2.	Der Inhalt des Nutzungsvertrages	224
9.1.3.	Die Beendigung des Nutzungsverhältnisses	224
9.2.	Die Nutzung von Klein-, Mieter- und Wochenendsiedlergärten im VKSK	225
9.2.1.	Der Hauptnutzungsvertrag	227
9.2.1.1.	Der Abschluß des Hauptnutzungsvertrages	227

9.2.1.2.	Der Inhalt und die Aufhebung des Hauptnutzungsvertrages	228
9.2.2.	Der Kleingartennutzungsvertrag und sein Abschluß	228
9.2.2.1.	Der Inhalt des Kleingartennutzungsvertrages	229
9.2.2.2.	Die Beendigung des Kleingartennutzungsverhältnisses	229

Kapitel 10

Das persönliche und private Eigentumsrecht an Boden und an Gebäuden		231
10.1.	Funktion und Inhalt des persönlichen Boden- und Gebäudeeigentums	231
10.2.	Funktion und Inhalt des privaten Grundstücks- und Gebäudeeigentums	233
10.3.	Der Grundstücksbegriff im ZGB und das selbständige Eigentumsrecht an Gebäuden	236
10.4.	Das gemeinschaftliche Eigentum an Grundstücken und Gebäuden	238
10.4.1.	Das Miteigentum an Grundstücken und Gebäuden	238
10.4.2.	Das Gesamteigentum an Grundstücken und Gebäuden	240
10.5.	Der Erwerb des Eigentumsrechts durch Vertrag	242
10.5.1.	Verträge zwischen Bürgern zur Übertragung des Eigentumsrechts	242
10.5.1.1.	Die Regelung des vertraglichen Eigentumserwerbs	242
10.5.1.2.	Der Grundstückskaufvertrag	245
10.5.1.3.	Der Grundstücksüberlassungsvertrag	246
10.5.1.4.	Der Grundstücksschenkungsvertrag	247
10.5.1.5.	Der Grundstückstauschvertrag	248
10.5.1.6.	Verträge über die Übertragung eines Erbteils und die Teilung des Nachlasses in bezug auf Grundstücke	248
10.5.1.7.	Verträge zur Übertragung des Eigentumsrechts an rechtlich selbständigen Gebäuden	249
10.5.2.	Die staatliche Leitung des Grundstücksverkehrs	250
10.5.2.1.	Grundsätzliche Aufgaben	250
10.5.2.2.	Die Aufgaben des Staatlichen Notariats bei der Übertragung des Eigentumsrechts an Grundstücken und Gebäuden durch Vertrag	250
10.5.2.3.	Das staatliche Genehmigungsverfahren	254
10.6.	Das Vorkaufsrecht an Grundstücken und Gebäuden	258
10.7.	Die Gestaltung der Bodenrechtsbeziehungen bei Ehescheidung	260
10.7.1.	Allgemeine Grundsätze für die Verteilung des gemeinschaftlichen Eigentums nach Ehescheidung	260
10.7.2.	Die Regelung der Bodenrechtsbeziehungen bei bebauten Grundstücken oder rechtlich selbständigen Gebäuden	262
10.7.3.	Die Regelung der Bodenrechtsbeziehungen bei Grundstücken zur Erholung und Freizeitgestaltung sowie bei Garagen	266

Kapitel 11

Die Hypothek und andere Rechte an Grundstücken		275
11.1.	Die Hypothek an Grundstücken und Gebäuden persönlichen oder privaten Eigentums	275
11.1.1.	Begründung der Hypothek	277
11.1.2.	Beziehungen zwischen Hypothek und Forderung	278
11.1.3.	Objekt der hypothekischen Haftung	278
11.1.4.	Abtretung hypothekarisch gesicherter Forderungen	279
11.1.5.	Erlöschen der Hypothek	279
11.1.6.	Rangfolge und Rechtswirkung der Hypothek	280
11.1.7.	Die Aufbauhypothek	280
11.2.	Die rechtliche Regelung der vor dem Inkrafttreten des ZGB begründeten Grundstücksbelastungen	282

11.2.1.	Grundsätze der Regelung	282
11.2.2.	Die Grundpfandrechte	283
11.2.2.1.	Die Hypothek	284
11.2.2.2.	Die Grundschuld und die Rentenschuld	288
11.2.2.3.	Die Aufbaugrundschuld	289
11.2.3.	Das Vorkaufsrecht	290
11.2.4.	Die Dienstbarkeiten	291
11.2.4.1.	Die Grunddienstbarkeit	291
11.2.4.2.	Der Nießbrauch an einem Grundstück	292
11.2.4.3.	Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit	293
11.2.5.	Die Reallast	293
11.2.6.	Das Altenteil	294
11.2.7.	Das Erbbaurecht	296
Sachregister		302